

Verein für Internet-Benutzer Österreichs (VIBE.AT)

c/o Andreas Labres
Ludwigg. 2a/3
A-1140 Wien

ZVR: 432779097
DVR: 1015958
info@vibe.at

Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie
Sektion III/PT2 (Recht)
<mailto:JD@bmvit.gv.at>
Ghegastraße 1
A-1030 Wien

Präsidium des Nationalrates
Parlament
<mailto:begutachtungsverfahren@parlament.gv.at>
Dr. Karl Renner Ring 1-3
A-1017 Wien

Wien, am 21. Mai 2007

Betrifft: **GZ. BMVIT-630.333/0001-III/PT2/2007**

Stellungnahme

des Vereins für Internet-Benutzer Österreichs (VIBE!AT) zur geplanten Umsetzung der Richtlinie 2006/24/EG über die Vorratsspeicherung von Daten, die bei der Bereitstellung öffentlich zugänglicher Kommunikationsnetze erzeugt oder verarbeitet werden "Vorratsdatenspeicherung (VDS)"

Das Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie hat mit 61/ME einen Entwurf zur Änderung des Telekommunikationsgesetzes 2003 vorgelegt, zu dem wir hiermit Stellung nehmen.

Präambel

„Those who would give up essential Liberty, to purchase a little temporary Safety, deserve neither Liberty nor Safety.“
-- Benjamin Franklin

Rücknahme der RL 2006/24/EG

Es ist zu erwarten, dass die Intention der Richtlinie, durch eine Speicherung von Verbindungsdaten das organisierte Verbrechen und den internationalen Terrorismus zu bekämpfen, von den angepeilten Zielgruppen umgangen wird. Damit läuft die geplante Überwachung der Kommunikationsdaten sämtlicher Bewohner der Europäischen Union, die generell einen unverhältnismäßigen Eingriff in die Privatsphäre darstellt, vollends ins Leere. Die zu erwartenden Kosten der Vorratsdatenspeicherung, insbesondere der Speicherung riesiger Datenmengen sowie deren Aufbereitung und Bereitstellung für die Zwecke der Strafverfolgung, sowie die massiven Eingriffe in allgemein anerkannte Grundrechte stehen nicht annähernd im Verhältnis zum Nutzen, der durch eine derartige Speicherung erzielt werden kann. Aus unserer Sicht wäre eine Beschleunigung der administrativen Abläufe bei den bereits existierenden gerichtlich angeordneten Überwachungsmaßnahmen wesentlich sinnvoller und kostengünstiger als die verdachtsunabhängige Totalüberwachung. Wir fordern daher die Bundesregierung mit Nachdruck auf, sich für eine Rücknahme der Richtlinie 2006/24/EG auf europäischer Ebene einzusetzen und von einer nationalen Implementierung abzusehen.

Nationale Umsetzung aussetzen

Ungeachtet einer möglichen Aufhebung der Richtlinie 2006/24/EG fordern wir den Gesetzgeber auf, bei der Umsetzung der Richtlinie in nationales Recht die verfassungsmäßig garantierten Grundrechte der Österreicherinnen und Österreicher nicht leichtfertig zugunsten einer vermeintlich leichteren Verfolgung von Verbrechen und Terrorismus aufzugeben. Eine präventive Wirkung der VDS im Sinne des europäischen Gesetzgebers ist durch die Möglichkeit der Umgehung aus unserer Sicht ohnehin nicht gegeben. Die durch die EMRK und im Verfassungsrang stehenden Grundrechte der Bürgerinnen und Bürger auf Wahrung der Privatsphäre sowie des Telekommunikationsgeheimnisses dürfen nicht leichtfertig über Bord geworfen werden. Aktionismus als Placebo zur Terrorbekämpfung wird von uns gerade bei einer so sensiblen Materie wie Grundrechten entschieden abgelehnt.

Wir weisen in diesem Zusammenhang auf die Gefahr eines "Dammbruches" hinsichtlich des Zuganges der Behörden zu personenbezogenen Daten hin. Wenn Daten erst einmal gespeichert werden, weckt dies Begehrlichkeiten bei Strafverfolgungsbehörden, diese für alle möglichen Zwecke zu gebrauchen. Die nationale Umsetzung der Richtlinie im Vereinigten Königreich bestätigt unsere Befürchtungen in dieser Richtung: Die britische Regierung geht davon aus, dass die Richtlinie die Verwendung der VDS-Daten für jegliche Zwecke der Strafverfolgung ermöglicht. Dies steht in krassem Widerspruch zur Einleitung der Richtlinie, die ausdrücklich nur auf die Bekämpfung der organisierten Kriminalität und des internationalen Terrorismus abzielt. Wir befürchten daher die Anwendung einer Salami-Taktik, um schrittweise die Verwendung der gespeicherten Daten auch für weniger schwerwiegende Delikte, etwa im Sinne des Finanzstrafgesetzes, oder Verstöße gegen das Urheberrecht, zu ermöglichen.

Der vorliegende Entwurf geht mit keinem Wort auf die Ausnahme bestimmter Berufsgruppen (Rechtsanwälte, Ärzte, Journalisten, Priester, ...) von der VDS ein, die in einem besonderen Vertrauensverhältnis zu ihren Kommunikationspartnern stehen.

Wir bemängeln die fehlende öffentliche Diskussion dieses Vorhabens und fordern daher eine ausführliche Debatte der zuständigen Ressorts unter Einbindung der Telekom-Unternehmen, der Standesvertretungen der betroffenen Berufsgruppen sowie der Zivilgesellschaft. Eine derartige Debatte wurde bisher weder in Österreich noch auf europäischer Ebene in der erforderlichen Breite geführt, ist aber durch die faktische Umwandlung der Unschuldsvermutung in einen Pauschalverdacht und die weitreichenden Einschnitte in verfassungsmäßige Grundrechte dringend erforderlich.

Im Entwurf vorgeschlagene Datenschutz- und Strafbestimmungen können nicht über die Gefahr hinwegtäuschen, dass einmal gespeicherten Daten durch kriminelle Machenschaften in die falschen Hände gelangen können.

Ohne einen breiten Konsens lehnen wir eine nationale Umsetzung der Richtlinie entschieden ab. Einem allfälligen Vertragsverletzungsverfahren sollte Österreich gelassen ins Auge sehen, zumal auch in Deutschland ein Moratorium diskutiert wird und andere Mitgliedsstaaten (Irland, Slowakei) die Richtlinie bereits beeinträchtigt haben.

Negative Auswirkungen auf den Wirtschaftsstandort

Die lapidare Behauptung, die VDS hätte keinerlei Auswirkungen auf den Wirtschaftsstandort Österreich, entbehrt jeder Grundlage. Insbesondere die Speicherung von Daten, die nicht verrechnungsrelevant sind und bisher nur während der Dauer einer Verbindung zur Dienstleistung verarbeitet wurden, verursacht bei den Betreibern einen erheblichen Mehraufwand. Die für die VDS notwendige Hard- und Softwareinfrastruktur muss nicht nur angeschafft und implementiert, sondern auch laufend erweitert und gewartet werden. Die Behauptung, dass im Rahmen der VDS ohnehin nur Daten gespeichert würden, die bei den Betreibern bereits für Verrechnungszwecke gespeichert würden, ist schlicht und ergreifend falsch. Besonders bedenklich ist für uns der Umstand, dass auch das bm:vit es nicht wagt, die Mehrkosten der VDS in den Erläuterungen zum vorliegenden Entwurf abzuschätzen.

Die durch die Implementierung der VDS verursachten Mehrkosten werden auf jeden Fall auf die Kunden beziehungsweise Steuerzahler abgewälzt. Volkswirtschaftliche Nachteile für den Wirtschaftsstandort Europa und damit auch Österreich sind also mehr als offensichtlich.

Es ist nicht einzusehen, warum die Allgemeinheit für eine Maßnahme zur Kasse gebeten werden soll, deren Nutzen durch die erwähnten Umgehungsmaßnahmen ohnehin nicht gegeben ist. Entsprechende Studien, die einen derartigen Nutzen nachweisen, wurden von den Befürwortern der VDS bisher nicht vorgelegt.

Wir verweisen in diesem Zusammenhang auch auf die Stellungnahme des Fachverbandes der Telekommunikations- und Rundfunkunternehmen in der WKO vom 02.06.2006 sowie die parlamentarische Anfrage des Abgeordneten z.NR. Alexander Zach 517/J XXIII. GP vom 13.03.2007 an Frau BM für Justiz Dr. Maria Berger zur Umsetzung der vorliegenden Richtlinie.

Über VIBE!AT

Der Verein für Internet-Benutzer Österreichs (VIBE!AT) hat sich zur Aufgabe gemacht zu einem mündigen, verantwortungsvollen und selbstbestimmten Umgang mit dem Medium Internet zu ermuntern. Gleichzeitig will er ein öffentliches Bewußtsein schaffen, das jegliche Versuche diese Freiheiten übermäßig zu beschränken erkennt und verurteilt. VIBE!AT ist Mitglied im weltweiten Dachverband Global Internet Liberty Campaign (GILC), Gründungsmitglied von European Digital Rights (EDRI), Betreiber von priv.at und Tagungsteilnehmer des Internetbeirats. Ein Mitglied von VIBE!AT hat als Vertreter der Internetbenutzer einen Sitz im 7-köpfigen Domainbeirat. VIBE!AT ist Mitveranstalter der jährlichen Big Brother Awards Austria.

Rückfragehinweis:

VIBE!AT - Verein für Internet-Benutzer Österreichs

E-Mail: info@vibe.at

WWW: <http://www.vibe.at>